

## Österreich und die EG

Überarbeiteter Vortrag, gehalten am Kongreß des Österreichischen Verbandes der Wirtschaftsingenieure 1988 in Graz.



*Josef TAUS, Dr., geb. 8. 2. 1933 in Wien. 1951 Matura am Realgymnasium Wien III. Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und an der Hochschule für Welthandel, Dr. jur. 1955. Während der Studienzeit verschiedene Tätigkeiten, u. a. in der Postsparkasse, bei verschiedenen Firmen, Journalist. 1955/56 Gerichtsjahr, gleichzeitig Wirtschaftsredakteur der »Wiener Zeitung«. 1956—58 Österr. Institut für Wirtschaftsforschung, publizistische Tätigkeit, Konsulententätigkeit. 1958—75 Girozentrale und Bank der Österr. Sparkassen AG (von 1968—75 Vorstandsvorsitzender). Während dieser Zeit: 1959—63 Konsulent im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen: Verantwortungsbereich verstaatlichte Industrie, 1967—75 Aufsichtsratsvorsitzender der ÖIAG, Tätigkeit in Aufsichtsräten vieler Unternehmungen im In- und Ausland, publizistische Tätigkeit. Seit 1975 Abgeordneter zum Nationalrat. 1975—79 Bundesparteiobermann der ÖVP. 1979—1985 Geschäftsführender Gesellschafter der CONSTANTIA Industrieverwaltungsges.m.b.H., seit 1986 Vorstandsmitglied der CONSTANTIA Industrieholding AG.*

Die Frage »Österreich und die EG« ist im Moment in Österreich von einer gewaltigen Aktualität und es gibt fast jeden Tag eine Äußerung dazu, pro oder contra. Ich möchte mein Referat unter die These stellen, daß eine starke Mehrheit der Bevölkerung und die überwältigende Mehrheit in der Wirtschaft die Auffassung vertreten, daß es eine deutliche und kräftige Annäherung Österreichs an die EG geben soll. Ich vertrete ebenfalls diese Meinung, aber das wird kein kurzer Weg werden, wie vielleicht der eine oder andere glauben mag; ich persönlich bin der Auffassung, daß es ein Weg sein wird, der möglicherweise eine Reihe von Jahren dauert. Ein Weg, dessen Ausgang wir im Detail nicht vorhersagen können, ich möchte da keinen Pessimismus verbreiten, im Gegenteil, ich möchte aber sagen, daß es keine Enttäuschung geben darf, wenn wir vielleicht in zwei, drei, vier, fünf Jahren noch immer über die EG-Frage und über einen möglichen Beitritt Österreichs zur EG diskutieren.

Lassen Sie mich ein wenig ausholen und ein bißchen die ökonomische Nachkriegsgeschichte beleuchten. Wir dürfen ja nicht übersehen, daß wir nicht gerade ein Teil der ökonomischen Riesen in Europa sind, wir sind ein kleines, entwickeltes Industrieland, mit einer nach 1945 für unser Land sehr glücklichen Geschichte. Und da möchte ich einige Meilensteine herausheben, die politisch-ökonomischer Natur sind. Das erste ist, und das wird immer wieder übersehen: selbst in den ersten zehn Jahren des wiedererstandenen Österreichs von 1945 bis 1955, während Österreich besetzt gewesen ist, hat eigentlich die Integration Österreichs in den Westen begonnen. Wenn ich nur erinnern darf, wir sind der damaligen OEC, der europäischen Zahlungsunion, beigetreten und man darf auch nicht übersehen, daß die Rekonstruktion der Wirtschaft dieses Landes auch in der damaligen sowjetischen Besatzungszone unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen geschehen ist. Das hat

es anderswo nicht gegeben. Und wir haben daher ziemlich von Anfang an immer an allen europäischen Integrationsbemühungen teilgenommen. Es hat von Anfang an, als das »Europa der Sechs« in der Mitte der 50er Jahre nach dem österreichischen Staatsvertrag gegründet wurde, Bemühungen um eine Annäherung gegeben. Das war damals beim »Europa der Sechs« gar nicht so einfach und es ist ja dann auch die EFTA als eine Freihandelszone gewissermaßen um das »Europa der Sechs« herum gegründet worden und sie hatte in Wahrheit das Ziel, die nicht in dem »Europa der Sechs« vertretenen Staaten in ein Naheverhältnis zu bringen, eine Freihandelszone, die letztlich also auch das »Europa der Sechs« umfaßt. Im Jahr 1972 ist ja dann auch nach langen, schwierigen und mühsamen Verhandlungen eine Assoziation Österreichs mit der EG abgeschlossen worden und wir haben uns eigentlich in diesem Freihandelsabkommen bis zum heutigen Tag recht wohlgefühlt. In Österreich hat man eigentlich den Eindruck gehabt, wenn sich diese Assoziation vernünftig weiterentwickeln kann, könnte es für uns genug sein. Vor allem kam uns da eine Entwicklung in der EG entgegen, weil die Integrationsbemühungen langsamer liefen als sich es viele andere vorgestellt haben. Dazu mag beigetragen haben, daß sehr viele Länder dazugekommen sind und es gibt heute nicht mehr ein »Europa der Sechs« im Rahmen der EG, sondern es gibt ein »Europa der Zwölf«. Es kamen Länder der unterschiedlichsten Provenienz dazu, es kam Großbritannien dazu, was natürlich eine erhebliche Schwächung der EFTA gewesen ist, und es war völlig logisch, daß die EFTA-Staaten sich bemühen mußten, in ein weiteres Naheverhältnis zur EG zu kommen. Und es sind dann in die EG Länder aufgenommen worden aus dem Süden Europas und das hat der ganzen Gemeinschaft aus meiner Sicht eine andere ökonomische und wenn Sie wollen auch politische Dimension gegeben, eine politische Di-

mension, die es nicht leichtmachen wird, die politischen Ziele der EG zu erreichen. Obwohl sie in den Römischen Verträgen unverändert drinnenstehen. Und nun gab es gewissermaßen eine Art von Bauchaufschwung der EG, der man ja immer vorgeworfen hat, sie erstarre im Bürokratismus und in überdimensionierten Regelungen, und das Weiß-Buch des Jahres 1985, das Luxemburger Weiß-Buch, hat nun zu einem nächsten, großen Integrationsprung angesetzt. Und dieser große Integrationsprung soll jedenfalls bis zum Jahr 1992 die Integration des »Europas der Zwölf« vorantreiben. Was bedeutet das nun? Das bedeutet also, daß grundsätzlich einmal die vier Freiheiten in diesem »Europa der Zwölf« durchgeführt, durchgesetzt werden sollen: Völlige Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs. Das ist heute noch nicht im vollen Umfange gegeben. Wir haben zwar eine weitgehende Freiheit des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, jedoch nicht des Kapitalverkehrs und im Personenverkehr gibt es eine weitgehende Freiheit, aber auch gewisse Einschränkungen. Es sieht so aus, als würde die Europäische Gemeinschaft oder die Europäischen Gemeinschaften diesen Sprung bis 1992 zum Großteil schaffen. Und nun beginnt die EG, ökonomisch gesehen für uns eine andere Dimension zu bekommen. Eine Dimension, auf die wir uns einstellen müssen, und weshalb große Teile in Österreich auch einen Vollbeitritt wünschen. Ich sage das ausdrücklich so vorsichtig, weil es einen Beschluß der Organe, die diesen Beschluß zu fassen haben, der Bundesregierung, noch nicht gibt, sondern er ist für das Jahr 1989 angekündigt.

Und nun lassen Sie mich einige ökonomische Grundzüge hier herausarbeiten. Österreich zählt zu jenen Ländern, die im ökonomischen Bereich den höchsten Integrationsgrad mit der EG haben. Wir werden ungefähr gut zwei Drittel unseres Außenhandels mit der EG abwickeln, wir haben sicherlich über 90% des Aus-



länderfremdenverkehrs mit der EG abzuwickeln und die Bande zwischen Österreich und vielen EG-Staaten sind so eng, daß wir eigentlich ökonomisch ein voll integriertes Land sind. Das ist die erste These, das heißt, wir sind ökonomisch in die EG integriert. Ob das jetzt formal abgestützt wird oder nicht abgestützt wird, bleibt zunächst eine sekundäre Frage. Und die Bemühungen, die Österreich nun anstellt, sind, daß dieser ökonomischen Integration die institutionelle Absicherung folgt. Es kann ja kaum mehr einen wesentlich höheren Integrationsgrad einer Wirtschaft mit der EG geben als ihn die österreichische Wirtschaft hat. Sprich also, es geht um die Verkürzung der ökonomischen Realität gegenüber dem institutionellen Zustand. Das ist der Weg der Politik, den wir hier in Österreich gehen wollen. Wir werden sehen, wie sich die Diskussion in der Bundesregierung entwickelt, in welcher Form man hier Beschlüsse faßt und wie wir in Österreich weiter vorgehen werden.

Lassen Sie mich jetzt einen kleinen Schritt weitermachen und doch ein wenig außenpolitisch werden. Das ist nicht unmittelbar mein Fach, aber ich möchte ein wenig mein Szenario zeichnen. Das erste ist, wir haben sicherlich ein Problem, daß es, zwar nicht in der EG institutionalisiert, aber in Vereinigungen, die sich immer um Institutionen herum gruppieren, so etwas wie einen EG-Fundamentalismus gibt. Es gibt Integrationsvereinigungen mit durchaus prominenten Mitgliedern, die ununterbrochen erklären, daß es doch notwendig sei, die Römischen Verträge voll zu erfüllen. Sprich also, daß aus Europa eine politische Einheit werden muß und manchmal gelegentlich hört man sogar, daß es auch irgendwelche militärischen Überlegungen hier geben sollte. Es ist natürlich für uns als neutrales Land nicht ganz so angenehm, weil man uns fragt, wie haltet ihr es nun mit eurer Neutralität. Aber erstens sind das in der Regel keine offiziellen Stimmen und zweitens möchte ich auf einen Gedanken noch einmal zurückkommen, den ich schon erwähnt habe, daß nämlich die Römischen Verträge vorsehen, daß das »Europa der Sechs« zu einer politischen Einheit zusammenwachsen soll. Unterdessen ist aus dem »Europa der Sechs« ein »Europa der Zwölf« geworden. Via facti ist etwas völlig anderes daraus geworden. Für uns muß klar sein, daß es selbstverständlich zu einem politischen Integrationsprozeß kommen wird, aber der wird nicht so schnell gehen. Von einer militärischen Integration ist überhaupt keine Rede, sondern alle offiziellen Äußerungen über die europäische Vertei-

digung sprechen von der westeuropäischen Union, also von einer anderen Institution, die mit der EG nichts zu tun hat. Wir Österreicher sehen im Augenblick nicht, daß die Ziele der Römischen Verträge politischer Natur in den nächsten Jahrzehnten verwirklicht werden können. Aber es kann sehr wohl die ökonomische Integration in der EG verwirklicht werden.

Und nun ein weiterer Schritt, der für uns wieder von einer entscheidenden Bedeutung ist. Wir müssen mit all unseren Freunden im Westen und im Osten, allen denen, die unsere Neutralität akzeptiert haben, die die Unverletzlichkeit unseres Staatsgebietes garantiert haben — und selbstverständlich ist unsere Neutralität freiwillig vom österreichischen Nationalrat mit Verfassungsgesetz beschlossen worden. Und es ist unsere Sache, wie wir diese Neutralität interpretieren und wie wir sie leben — es ist also nur vernünftig, daß man mit unseren Freunden, die ja damals in favorem Österreichs diese Erklärungen abgegeben haben, darüber redet und ökonomisch durchargumentiert. Nun ist Außenpolitik eben ein vielschichtiges Problem und daher wird es auch von unserer Seite eines mühsamen Erklärungsprozesses bedürfen. Wir werden diesen EG-Beitritt erreichen, nach meiner Meinung. Wir werden ihn aber dann erreichen und vernünftig erreichen, wenn wir alles das, was ein kleiner Industriestaat in unserer Lage tun soll, politisch tun. Und wir werden alle auf allen Ebenen, wo immer wir hinkommen, mit einer Zunge, soweit das in einer Demokratie möglich ist, reden und erklären müssen, was unsere Position ist. Und wir werden auch erklären müssen, daß wir unsere Neutralität erhalten und sichern wollen. Das werden wir zunächst einmal allen unseren Freunden, die wie gesagt unsere Neutralität akzeptiert haben, klar machen müssen. Wir werden zweitens, was ein viel schwieriger, längerer Prozeß ist, der EG klarmachen müssen, was das für uns bedeutet. Und nun gibt es die dritte Ebene, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, das ist die Ebene der EFTA. Das heißt also, weil es dort ja zwei weitere neutrale Staaten gibt, das sind die Schweizer und das sind die Schweden, wird man uns gelegentlich diese Beispiele vorhalten. Wieder meine subjektive Meinung: Es ist jedem EFTA-Land unbenommen, seinen eigenen Weg zu suchen. Ich glaube, das ist einigermaßen akzeptiert. Nur muß das ja nicht bedeuten, daß man nicht als EFTA gemeinsam auch noch einen Weg sucht. Ich würde zum Beispiel Wert darauf legen, zu versuchen, unsere Kontakte mit der EFTA

so gut wie möglich zu halten, aber auf die österreichischen Sonderinteressen Rücksicht zu nehmen. Und alle diese Länder werden über kurz oder lang ihre Sonderinteressen geltend machen, das werden nicht nur wir sein, das war im Rahmen der EFTA eigentlich immer so. Wir werden unsere Sonderinteressen verfolgen können, wenn wir den EFTA-Staaten von vornherein klar sagen, wir probieren es auch anders. Das erfordert eine ungeheure diplomatische Anstrengung, eine außenpolitische Anstrengung und es erfordert vor allem, daß die Regierung mit einer Zunge spricht.

Und daher mache ich jetzt den Sprung in die Innenpolitik. Die Regierung wird sich irgendwann in dieser Legislaturperiode — ich finde, 1989 geht gerade noch — klar sein müssen, wie der Weg geht. Das wird man im Lauf des Prozesses dann noch oft ändern müssen, weil wir uns anpassen müssen. Wir sind klein und so groß ist das Interesse an uns nicht. Ich weiß schon, jetzt verletze ich ein österreichisches Tabu nach dem anderen. Und die nächste Frage, um die es geht, betrifft die österreichische Wirtschaft. Ich bin ein Industriemann, für mich ist die Frage eindeutig. Wir sind der Konkurrenz heute schon voll ausgesetzt und wir fürchten, daß die Blockbildung sich möglicherweise bei einem weiteren Integrationsschritt der EG noch verstärkt und das kann zu unserem Vorteil, nach allem, was wir heute wissen, nicht sein. Der Durchschnitt der österreichischen Industrie muß also mindestens die Hälfte seiner Produktion in der EG absetzen. Die Privatindustrie auf jeden Fall, da führt kein Weg vorbei und in dem Moment, wo man ein bißchen größer wird, ein bißchen stärker wird, wenn man größere Aggregate aufstellt, in dem Moment reichen diese 7,5 Millionen Leute nicht mehr, das heißt, die Technik allein zwingt uns, größere Aggregate zu haben, noch immer gelten in weiten Bereichen die Economics of Scale, und ich muß hinaus, mir bleibt nichts anderes übrig, mein Home-Market ist die EG und die Schweiz. Das ist die Situation, von der wir hier ausgehen. Daher wird es in der Industrie keine riesigen Probleme geben. Beim Gewerbe ist die Situation auch wieder anders. Das Gewerbe ist im wesentlichen lokal gebunden, daher kann es von dort her auch keine besonderen Schwierigkeiten geben. Das heißt also beispielsweise, es wird ein spanischer Installateur in Österreich mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Firma aufmachen. Der Fremdenverkehr muß dafür sein, denn über 90% ist der Ausländerfremdenverkehr und der kommt aus der EG.

**IHR PARTNER**

für:

**MASCHINEN- UND**  
**ANLAGENBAU**

Siebung, Transporttechnik,  
Rohstoffaufbereitung,  
Absackanlagen

**STAHLBAU**  
**FASSADENBAU**

BINDER & CO. AG  
Postfach 8  
A-8200 Gleisdorf

Tel. (0 31 12) 21 36-0\*  
Tlx. 311551 bg a  
Fax (0 31 12) 21 36-300



WERNER MÖRTH Ges.m.b.H.  
  
WERBEAGENTUR

A-8041 GRAZ

RAIFFEISENSTRASSE 118-120

TELEFON (0316) 44519, 44614

TELEX 31-2662

D & M Eine Spezialität aus dem Steuerspar-Menü der CA.



**Genußscheine,**  
**erntereif,**  
**nur noch**  
**heuer**  
**mit vollem**  
**Genuß.**

Die CA serviert Ihnen **bis 31. 12. Genußscheine**, die noch einen Genuß von **bis zu 12,5%** bringen. Und das über die ganze Laufzeit. Da die Steuerreform den Genuß ab Jänner schmälert, empfiehlt es sich, rasch zu handeln, solange der Vorrat reicht. Jetzt in Ihrer CA. CA, die Bank zum Erfolg.



**CREDITANSTALT**

Und dann gibt es natürlich in Österreich, aber nicht nur in Österreich, geschützte Bereiche. Wir haben bestimmte Staatsmonopole. Wir haben eine ganz bestimmte Rechtsordnung, die eine große Tradition hat, wo wir aber vieles nicht halten werden können. Auch für das riesige Feld der Bauwirtschaft, mit allem was hier zusammenhängt, mag eine wesentliche Änderung kommen. Und natürlich auch für die Landwirtschaft. Unser Agrarpreisniveau unterscheidet sich eben vom Agrarpreisniveau in der EG. Da ist vielleicht mit der Marktordnungsnovelle ein erster kleiner Schritt versucht worden.

Das heißt, wir haben eine ganze Reihe von inneren Problemen, wo die Menschen, die dort beschäftigt sind, nicht so laut jubeln bei diesen Bemühungen. Trotzdem würde ich sagen, ist das überwiegende Interesse des Landes der Versuch, ökonomisch in die EG hineinzu kommen, ihr beizutreten oder doch eine Annäherung zu erreichen, die uns mit den anderen EG-Staaten ökonomisch gleichstellt.

Und nun vielleicht zu den ersten Auswirkungen. Sehen Sie, es gehört zu meinem Beruf, daß ich sehr viel mit Investitionen zu tun habe und es beginnen die ersten Diskussionen, können wir dieses Aggregat noch in Österreich aufstellen oder sollen wir uns nicht doch einen Standort in der EG suchen? Und auf der anderen Seite fragen ausländische Unternehmen, die bei uns investiert haben: Kann ich die Investition hier fortsetzen? Warten wir vorerst, wie die Dinge sich hier entwickeln. Daraus kann sich über kurz oder lang eine interne Investitionsschwäche entwickeln.

Das zweite ist, daß in dieser Phase österreichische Unternehmen ins Ausland gehen müssen. Wir hätten das sowieso machen müssen, aber verstärkt wird dieser Prozeß aus dem Bedenken heraus, daß ich meine Marktanteile verliere, wenn ich hierbleibe. Daher also die nächste Überlegung, irgendwo anders hinzugehen. Gar keine schlechte Bewegung, weil wir ohnedies zulange gezögert haben, Kapazitäten im Ausland aufzubauen, wenn man daran denkt, daß zum Beispiel für schweizerische Unternehmungen mehr Menschen im Ausland arbeiten als die österreichische Industrie Beschäftigte hat. Unsere wechselvolle Geschichte hat es einfach nicht zugelassen, daß wir uns so schnell internationalisiert hätten, wir haben ja erst 30 Jahre Zeit gehabt de facto. Und in 30 Jahren, jetzt sage ich das nicht als österreichische Selbstbeweihräucherung, sind wir eigentlich ziemlich

weit dabei gekommen, unsere Wirtschaft zu entwickeln, zu internationalisieren und noch stärker zu integrieren. Ich gebe Ihnen zu bedenken, daß wir nicht zulassen dürfen, daß die Investitionstätigkeit in Österreich geringer wird.

Nun die Frage nach der Wirtschaftspolitik. Nach meiner Meinung müssen wir die gleiche Wirtschaftspolitik machen, ob mit EG oder ohne EG. Wir müssen diesen Internationalisierungsprozeß der österreichischen Wirtschaft angehen. Wir müssen in der österreichischen Wirtschaft einen höheren Konzentrationsgrad herbeiführen. In wesentlichen Wirtschaftszweigen der westlichen Welt gibt es starke Konzentrationsbemühungen. Und bei uns hat sie noch nicht einmal begonnen. Das heißt, wir werden eine Wirtschaftspolitik machen müssen, die die Innovation in den Vordergrund stellt, die das technische Wissen in den Vordergrund stellt, die alle unsere Kräfte aktiviert und die einfach unsere ökonomische Position, unsere Produktivität, unsere Rentabilität steigert, ob mit oder ohne EG. Wir werden viele der Probleme leichter lösen können mit der EG und wir werden sie schwerer lösen können ohne EG, aber wir müssen sie gleich lösen.

Wie sieht die Situation zusammenfassend für uns aus?

- Wir werden uns auf eine lange Periode des Verhandeln und Diskutierens einstellen müssen. Ich möchte nicht haben, daß eine Euphorie im Land entsteht. Denn wenn das nicht so schnell geht, wie manche glauben, dann gibt es den tiefen Absturz in die Verzweiflung. Wir werden uns darauf einstellen müssen, in der ganzen Welt unsere Linie zu erklären und unsere ökonomischen Situationen darzulegen.
- Wir werden auch im Inland klarmachen müssen, daß an dem Weg einer

Wirtschaftspolitik, die uns konkurrenzfähig erhält, kein Weg vorbeiführt.

- Und wir werden inländische Tabus abbauen müssen, wir werden in den geschützten Bereichen vielleicht ein wenig mehr Druck ausüben müssen und ich weiß, wie schwierig das politisch ist.
- Wir müssen unsere Wirtschaft internationalisieren. Manche österreichische Gruppen haben gezeigt, daß das sehr rasch und auch recht erfolgreich geht. Wir müssen zweitens unsere interne Diskussion über den Weg unserer Wirtschaft anheizen. Es ist mir etwas zu still, es ist so eine Art intellektuelle Friedhofsruhe in der Diskussion. Daher müssen wir versuchen, in Zusammenhang mit dieser EG-Diskussion eine wirtschaftspolitische Diskussion auf einem, ich würde sagen, etwas besseren Niveau zu haben als wir sie jetzt haben, und vor allem würde ich sie gerne breiter haben, und ich hätte gerne, daß Leute aus den Unternehmungen dran teilnehmen. Aufgrund der Kleinheit des Landes sind viele Entscheidungen schon Detailentscheidungen.

Und daher sollten wir die EG-Diskussion nützen. Erstens nützen, um außenpolitisch zu profilieren und zweitens nützen, um innenpolitisch Dinge in Gang zu setzen, von denen wir glauben, daß sie vielleicht ein bißchen zu mühsam und zu langsam gehen. Und wenn das der Fall sein wird, dann hat die EG-Diskussion schon ihren Zweck erfüllt, zunächst einmal. Und wenn es dann noch nach einigen Jahren harter und mühsamer Verhandlungen gelingt, etwas zu erreichen, dann sind wir in unseren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ein großes Stück vorangekommen, und das ist es, was ich Ihnen hier sagen wollte.



## Exportservice als Herausforderung für eine Bank

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Autor am Kongreß des Österreichischen Verbandes der Wirtschaftsingenieure 1988 in Graz gehalten hat.



*Konrad RUMPOLD, Dkfm.; Jahrgang 1940; Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien; 1962/63 Praktikum in der Österreichischen Papierverkaufsgesellschaft m.b.H.; 1963 Eintritt in die Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft; 1978 Direktor (Wertpapiere und Einlagen); seit 1981 Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Länderbank, Aktiengesellschaft; Vorsitzender bzw. Mitglied des Aufsichtsrates einiger Konzernbetriebe der Österreichischen Länderbank Aktiengesellschaft und anderer österreichischer Industrieunternehmen sowie in- und ausländischer Banken.*

### Export und Gesamtwirtschaft

In den letzten 30 Jahren ist das Welt-BIP nominell um rund 10% p.a. gewachsen, die Exporte von Gütern und Leistungen nahmen gleichzeitig um rund 13 1/2% p.a. zu. Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Dynamik ganz entscheidend von den Exportmöglichkeiten geprägt wurde. Real, also preisbereinigt, vergleicht sich eine Zunahme des Welt-BIP um 4% p.a. mit einer solchen der Weltexporte um 7% p.a.

Die Bedeutung des Außenhandels für eine Volkswirtschaft und deren Auslandsabhängigkeit wird ausgedrückt in der Exportquote bzw. Importquote. In Österreich liegen Export- als auch Importquote bei rund 35% und damit wesentlich über den Vergleichswerten größerer Industrieländer.

Es ist eine Tatsache, daß in einem kleinen Industriestaat längerfristig im exponierten Sektor — d.h. dem der internationalen Konkurrenz ausgesetzten Bereich der Wirtschaft — jene Wachstumschancen liegen, die eine Erfüllung anderer wirtschaftspolitischer Ziele wie Stabilität und Vollbeschäftigung ermöglichen. Sowohl vom Unternehmer als auch vom einzelnen Mitarbeiter des exponierten Sektors wird ein hohes Maß an Flexibilität, Mobilität und Informiertheit gefordert, um den international determinierten Ansprüchen gerecht zu werden.

Jede Veränderung der Außenhandelsströme hat unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Österreichs nominelles Wirtschaftswachstum belief sich von 1955 bis 1985 auf + 8,9% p.a. und stützte sich sehr stark auf das Wachstum der Exporte von Gütern und Leistungen (+ 11,4% p.a.). Wobei die Wachstumsdifferenz von 2,5 Prozentpunkten zugunsten der Exporte nichts anderes bedeutet, als daß die nicht exportierten Teile des BIP von 1955 bis 1985 lediglich um 7,8% p.a. und damit

um rund 1 Prozentpunkt weniger rasch als das Gesamt-BIP gewachsen sind. Das BIP pro Kopf oder die Wirtschaftsleistung je Einwohner wäre heute in Österreich nicht S 200.000,—, sondern lediglich S 150.000 oder noch weniger (wenn man das Vorhandensein von Wachstumsmultiplikatoren unterstellt), wenn nicht die Außenwirtschaftstangente zu einer wesentlichen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums geführt hätte.

### Österreichs Export in der Zukunft

Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung, sollte die Frage beantworten, welche Märkte eine österreichische Exportausweitung erwarten lassen, und zwar aufgrund der Dynamik, mit der sich diese Märkte entwickelt haben und aufgrund der Güterstruktur, die Österreich im Export anzubieten in der Lage ist. Von den identifizierten Ländern gehören 3 der EG an (BRD, Frankreich, Niederlande), 3 Skandinavien (Norwegen, Schweden, Finnland), 2 dem RGW (Bulgarien, CSSR), der Rest von 7 entfällt auf die Gruppe der Entwicklungsländer. Diese Analyse zeigt, daß man sich exportseitig von einem österreichischen Beitritt zur EG keine Wunder erwarten darf (Abb. 1). Die Relevanz für die heutige EG-Diskussion ergibt sich aus der berechtigten Vermutung, daß ein wesentlich stärkeres Exportwachstum für das EG-Mitglied Österreich als für ein abseits stehendes Österreich zu erwarten ist.

Das bedeutet selbstverständlich nicht die Aufgabe der Marktbemühungen in der heutigen EFTA, vor allem nicht in Osteuropa und schon gar nicht im »Rest der Welt«, wobei unter letzterem Schlagwort neben anderen Beispielen der pazifische Raum subsummiert ist, von dem wir annehmen müssen, daß sich die globale Wachstumsdynamik des nächsten Jahrtausends auf ihn konzentrieren wird.

Um die zweifellos gegebenen Potentiale wirksam werden zu lassen, wird es notwendig sein, daß die Wirtschaftspolitik zur Förderung des Exportes neue Wege geht.

Dabei geht es bei den bereits exportierenden Großbetrieben, vor allem aber auch bei den Mittelbetrieben, die verstärkt in den Export drängen, um die Bereitstellung von qualifizierter Information über die ins Auge gefaßten Märkte. All das, was im Einzelbetrieb aufgrund hoher Kosten nur unvollkommen generiert werden kann, muß durch staatliche Stellen, überbetriebliche Exportorganisationen und nicht zuletzt durch Banken bereitgestellt werden.

Eine der größten Exportservice-Herausforderungen für eine Bank liegt im umfassenden Angebot von erweiterten innovativen, konkurrenzlosen und vorteilverschaffenden exportrelevanten Dienstleistungen, gezielt und konzentriert an den Kunden gerichtet, unter den strengen Prämissen der Zeit-, Kosten- und Ertragsoptimierung bei gleichzeitiger Risi-

Ländergruppe	Anteil am Österreichischen Export		Wachstumsanteil 1977/86
	1977	1986	
Efta-Mitglieder von 1977	13%	12%	11%
Osteuropa	15%	10%	5%
Rest der Welt	23%	21%	19%
EG-Mitglieder von 1977	50%	57%	64%

Abb. 1: Exportzuwachs Österreich nach Ländergruppen